

**Anträge zur ordentlichen
Bundeskonzferenz der Arbeits-
gemeinschaft Selbständige
in der SPD (AGS)**

**20. – 21. April 2018
in Berlin**

Die Antragskommission tagte am 22. und 28. März 2018 in Telefonkonferenzen zu den Anträgen für die AGS-Bundeskonferenz 2018 in Berlin. Die Empfehlungen der Antragskommission liegen den Anträgen bei.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender: Peter Gottschalk (Schleswig-Holstein)

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV_BZ	Vorname	Name
Bundesvorstand	Dieter	Falk
Bayern	Renate	Kürzdörfer
Thüringen	Jürgen	Mittman
Bremen	Rolf	Pahl
Nordrhein-Westfalen	Peter	Schwertfeger
Hessen-Süd	Ilja-Kristin	Seewald
Hannover	Daniel A.	Thiersch
Bundesvorstand	Ralph	Weinbrecht

Antragstexte

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD

Inhalt

Antragstexte	2
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD.....	2
Leitantrag.....	5
Antragsbereich L/ Antrag 1	5
Die Zukunft mutig gestalten - Der digitale Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft	5
Bildung und Digitalisierung.....	8
Antragsbereich BD/ Antrag 1.....	8
Kultur der Selbständigkeit fördern.....	8
Antragsbereich BD/ Antrag 2.....	9
Vorschläge zur Digitalisierung der Kommunen entwickeln.....	9
Antragsbereich BD/ Antrag 3.....	10
Ideen für eine nachhaltige, digitale Wirtschaft	10
Erneuerungsprozess	13
Antragsbereich EP/ Antrag 1	13
Kultur der Partei.....	13
Antragsbereich EP/ Antrag 2	14
15 Forderungen zum organisatorischen Wandel der Partei.....	14
Antragsbereich EP/ Antrag 3	16
Expertise der Arbeitsgemeinschaften in der Bundestagsfraktion stärker nutzen	16
Antragsbereich EP/ Antrag 4	17
Quotierung von Ehrenamtlich Tätigen als Beisitzer im Parteivorstand der SPD	17
Antragsbereich EP/ Antrag 5	19
Thema Wirtschaft den anderen Themen mindestens gleichrangig behandeln	19
Antragsbereich EP/ Antrag 6	20
Anschreiben.....	20
Antragsbereich EP/ Antrag 7	20

Leitanträge sollen keine Debatten verhindern	20
Antragsbereich EP/ Antrag 8	21
SPD ist die Partei des Friedens	21
Selbständigkeit	23
Antragsbereich S/ Antrag 1	23
Selbständigkeit und Plattformökonomie	23
Antragsbereich S/ Antrag 2	25
Antrag auf Schutz von Berufsbezeichnungen und Einführung von Gebührenordnungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft	25
Steuer- und Finanzpolitik	27
Antragsbereich SF/ Antrag 1	27
Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) - nicht die menschliche Arbeit!	27
Antragsbereich SF/ Antrag 2	29
Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in der EU für den mittelständischen E-Commerce	29
Antragsbereich SF/ Antrag 3	31
Umsatzsteuergerechtigkeit im Online-Handel	31
Antragsbereich SF/ Antrag 4	32
Mindesthonorare für Selbständige	32
Antragsbereich SF/ Antrag 5	34
Umsatzsteuerpflicht im Internethandel	34
Antragsbereich SF/ Antrag 6	35
Gerechte Nachzahlungs-Erstattungszinsen gemäß §§ 233a,238 AO	35
Antragsbereich SF/ Antrag 7	36
Praxisgerechte Anpassung des Rechtsberatungsgesetzes in Puncto sozialversicherungsrechtliche Beratung durch Steuerberater	37
Antragsbereich SF/ Antrag 8	38
Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandbezügen und deren steuerlichen Abzugsfähigkeit	38
Wahlrecht	40
Antragsbereich W/ Antrag 1	40
Begrenzung von Wahlämtern auf Drei (3) Wahlperioden	40
Antragsbereich W/ Antrag 2	40
Wahlreform	40

Sonstige	41
Antragsbereich So/ Antrag 1.....	41
Einklang von Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgung.....	41
Antragsbereich So/ Antrag 2.....	43
Regelung Migration und Zuwanderung.....	43
Antragsbereich So/ Antrag 3.....	44
AGB-Schutz auch für KMUs einführen	44
Antragsbereich So/ Antrag 4.....	45
Zur Bürgerversicherung	45
Antragsbereich So/ Antrag 5.....	46
Förderung des Schienengüterverkehrs	46
Antragsbereich So/ Antrag 6.....	47
Kompatibilität von Gesetzen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).....	47

Leitantrag

Antragsbereich L/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bundesvorstand

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im EU-Parlament

Die Zukunft mutig gestalten - Der digitale Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft

Die rasante Veränderung von Arbeit und Wirtschaft bis hin zu der Gesellschaft hat längst begonnen und es ist unsere Aufgabe als Wirtschaftsverband dies mitzugestalten. Unser Tagesgeschäft, sowie der enge Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern macht uns zu wichtigen Impulsgebern für unsere Partei.

5

Deutschland ist in den Bereichen der Automatisierung weltweit führend und dies soll auch in der Zukunft so bleiben. Damit wir uns nicht von den großen Datensammlern abhängen lassen, müssen unsere Unternehmen und ihre Mitarbeiter aber auch unsere Infrastruktur ebenso wie unsere Kommunen sich endlich dem Digitalen Wandel stellen und diesen vorantreiben.

10

Doch nur als gemeinsames Europa haben wir die dafür nötige Wirtschaftskraft, um uns auf dem Weltmarkt zwischen den anderen Wirtschaftssystemen (Marktwirtschaft wie die USA und dem Staatskapitalismus wie in China) zu behaupten.

15

Wirtschaft verändern

Berufliche Aus und Weiterbildung

Durch den digitalen Wandel werden sich die Berufsbilder stark verändern. Es werden komplette Berufe verschwinden, andere neue werden entstehen. Das erworbene Wissen ist nicht mehr gefragt, eine entsprechende Qualifikation wird nicht für alle erreichbar sein. Die Wirtschaft und der Staat müssen für die erforderlichen Bildungsmöglichkeiten und Übergänge sorgen.

25 Infrastruktur und Mobilität

Deutschland braucht ein neues Konzept für den Personen- und Güterverkehr, um den Warenfluss zu verbessern und den Individualverkehr zu entlasten. Dafür ist eine Neuordnung des regionalen und nationalen Personen- und Güterverkehrs

30 auf der Schiene erforderlich, sowie die dafür nötigen Investitionen.
Die dringend benötigte Ertüchtigung der Datennetze ist schnellst möglich auch in den ländlichen Bereichen umzusetzen.

Zur Finanzierung der nötigen Investitionen sollte ein Staatsfond gegründet werden, welcher den Bürgern die Möglichkeit einer Kapitalanlage mit sicherer Verzinsung und langer Laufzeit bietet. Die Einlagen sind in der Höhe zu begrenzen, um das System vor Spekulationen zu schützen.

Wir erwarten bei der Förderung von Individualverkehr eine Gleichbehandlung aller innovativen Antriebskonzepte (Elektro, Wasserstoff, Gas,...)

Energie und Umwelt

Die klimatischen Veränderungen, neue Anforderungen an Mobilität und die weltweite Vernetzung stellen hohe Anforderungen an die Wirtschaft. Gerade kleinste und mittlere Unternehmen sind besonders davon betroffen, wenn sich die Bedingungen ändern. Erneuerbare Energien, E-Mobilität und neue Techniken bieten aber die Chance, Deutschland mit seinem starken Mittelstand wieder zum Marktführer in einer innovativen Zeit zu machen. Hierbei ist es wichtig, dass kleine Unternehmen nicht über Gebühr belastet werden. In Europa müssen Entscheidungen besser auf ihre Auswirkungen auf kleine Unternehmen geprüft werden. Geplante Einschränkungen wie Fahrverbote, die durch den Diesel-Skandal verursacht wurden, sind von eben den Verursachern zu zahlen. Aktive Luftreinhaltekonzepte sind Aufgabe der Gemeinden und Kommunen. Handwerker und kleine Unternehmer dürfen durch neue Umweltzonen nicht vom Markt gedrängt werden.

Wir brauchen zudem eine neue ideologiebefreite Innovationskultur, in denen die Chancen der erneuerbaren Energien nicht durch bürokratische Hürden vernichtet werden. Die Stärke unseres Mittelstands muss gefördert werden, in dem die Regierung mutige und innovative Konzepte fördert und mit klaren und langfristigen Subventionsstrategien erneuerbare Energien und den Umstieg auf die E-Mobilität fördert.

Wir fordern:

- aktiven Bürokratieabbau in Europa
- klare Förderstrategien für erneuerbare Energien und E-Mobilität
- Entlastung von Handwerk und Mittelstand bei den durch die Industrie verursachten Folgen des Dieselskandals
- Förderung neuer Technologien, damit Deutschland Marktführer werden kann.

Europa

75 Deutschland ist das wirtschaftliche Herz Europas. So wie ein Herz für den Blutkreislauf arbeitet, versorgt der Körper das Herz.
Unsere Volkswirtschaft ist genauso abhängig von unseren Europäischen Nachbarn, wie die von uns. Diese Tatsache wird nur von unbelehrbaren Nationalisten ernsthaft in Frage gestellt.

80 Überall wo diese Wirtschaftsgemeinschaft in Frage gestellt wird, führt das unausweichlich zum Niedergang, wie z.B. die absehbaren Folgen des „Brexit“ offenbaren.

85 Wenn wir die Notwendigkeit dieser Zweckgemeinschaft bejahen, müssen wir dieses Europa weiterentwickeln. Wir wollen uns hier bewusst auf notwendige Verbesserungen innerhalb der Wirtschaftszone Europa beschränken. Besonders für Klein- und mittelständische Unternehmen gibt es viele Hemmnisse bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten, die vorrangig und dringend beseitigt werden müssen.

90 Ursache für Hemmnisse ist oft die nationale Bürokratie im Nachbarland. Große Unternehmen haben Ressourcen, um damit gut umgehen zu können, kleineren Unternehmen fehlt diese Voraussetzung für die ungehinderte Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb.

95 Hemmnisse bestehen im Warenverkehr, stärker noch aber im Dienstleistungsaustausch.

Die IHKen und die Auslandshandelskammern haben eine EU-weite Umfrage zu
100 „Hindernisse im EU-Dienstleistungsbinnenmarkt“ gestartet, in der als Ergebnis über 50 Beispiele für Hindernisse im Dienstleistungsbinnenmarkt aus 15 Mitgliedsstaaten zusammengetragen worden sind. Demnach werden die Hindernisse eher mehr und
einige Schwierigkeiten bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung haben sich deutlich verschärft.
105

Beklagt werden

- steigende bürokratische Belastungen in Bezug auf die Arbeitnehmerentsendung,
- 110 • wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Einordnung von Arbeitnehmern in ausländische Tarifverträge sowie bei der Bestimmung der Mindestlöhne.
- Elektronische Behördenkommunikation funktioniert in einigen Staaten oft nicht reibungslos und schließt ausländische Unternehmen zum Teil sogar ganz aus. Bei der Entsendung von Mitarbeitern müssen insbesondere in Belgien, Luxemburg, Dänemark, Frankreich und Österreich unterschiedliche Bestimmungen und
115 Meldeverfahren von deutschen Unternehmen beachtet werden. Der hohe Aufwand bei der Erfüllung der Vorschriften und Pflichten steht oft nicht mehr im Verhältnis zu den Vorteilen der Entsendung.

- Wir fordern EU-weite einheitliche Handhabung von bestehenden und neuen Regeln zur Vereinfachung der Arbeitnehmerentsendung.
- Wir fordern, dass die Informationen über Länderverfahren und -vorschriften zumindest auf Englisch zur Verfügung gestellt werden.
- Wir fordern die EU- weite Umsetzung der Einrichtung von einheitlichen, mehrsprachlichen Ansprechpartnern, die insbesondere kleine Unternehmen bei der Erfüllung von Anzeige-, Registrierungs- und Genehmigungspflichten helfen. Eine elektronische Verfahrensabwicklung muss Standard werden. Europäisch denken und handeln heißt: Erfolg haben!

Bildung und Digitalisierung

Antragsbereich BD/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Annahme
Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand

Kultur der Selbständigkeit fördern

5 Als wirtschaftliche Kompetenz in der SPD steht die AGS für eine Kultur der Selbständigkeit in Deutschland. Selbständigkeit ist eine Haltung und bedeutet neben großer persönlicher Freiheit und der Verwirklichung von eigenen Ideen auch Übernahme von Verantwortung. Die AGS setzt sich dafür ein, dass die Kultur der Selbständigkeit an den Schulen und Hochschulen in Deutschland noch intensiver als bisher vermittelt wird, denn die Zahl der zukünftigen Selbständigen hängt auch von der Qualität einer frühzeitig geförderten Gründermentalität ab.

10 Dazu wird der AGS-Bundesvorstand beauftragt, entsprechende Gespräche zu führen mit dem Parteivorstand, den Vertretern der Kultusministerkonferenz und den relevanten Bundesministerien.

15 Kultur der Selbständigkeit bedeutet auch fördernde und aktivierende Gründungspolitik. Für alle Gründer im Land will die AGS politische Heimat sein. Deshalb wird der AGS-Bundesvorstand beauftragt, den regelmäßigen Austausch mit den Handwerkskammern, dem DIHK und den Gewerkschaften auszubauen.

20

Kultur der Selbständigkeit transportieren: Für die Zukunft gilt es, die Nachrichten und Informationen über die AGS und ihre Aktivitäten noch intensiver und umfangreicher zu verbreiten sowie digitale Projekte zu entwickeln, in die sich jeder interessierte Selbständige und an Selbständigkeit Interessierte aktiv einbringen können. Der AGS-Bundesvorstand wird beauftragt, dazu ein entsprechendes Konzept in den nächsten 12 Monaten zu erarbeiten und den Landesverbänden

Antragsbereich BD/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme
Weiterleitung: AK Digitales

Vorschläge zur Digitalisierung der Kommunen entwickeln

Die SPD soll Vorschläge entwickeln zur Digitalisierung der Kommunen (Dienstleistungsbetrieb Kommune: Schneller und einfacher Zugang für Handel, Handwerk und Gewerbe)

5

Begründung:

1.

Städte und Kommunen sollen bei der Digitalisierung vom Land unterstützt werden, um die Verwaltungen zu effektiven Dienstleistungsbetrieben zu entwickeln. Ein Ziel muss sein, Online- Plattformen zu schaffen, über die BürgerInnen, insbesondere aber Handel, Handwerk und Gewerbe zeitsparend mit der Verwaltung kommunizieren können.

15 Städte und Kommunen sollen bei der Digitalisierung auch vom Bund unterstützt werden, um die Verwaltungen zu effektiven Dienstleistungsbetrieben zu entwickeln. Ein Ziel muss sein, Online- Plattformen zu schaffen, über die BürgerInnen, insbesondere aber Handel, Handwerk und Gewerbe zeitsparend mit der Verwaltung kommunizieren können.

20

2.

Der Gesetzgeber bürdet der Wirtschaft immer mehr Dokumentationspflichten auf. Um die möglichst mit minimiertem Aufwand erfüllen zu können, müssen notwendige Arbeitsabläufe minimiert werden. Eine Online- Plattform zur Kommunikation und zum Abruf von Dienstleistungen ist dabei hilfreich.

Die Städte und Kommunen sind mit der Aufgabe einer weitgehenden Digitalisierung finanziell überfordert und brauchen finanzielle und sachkundige Hilfe. Sinnvoll ist die Einführung eines Standards, damit eine in möglichst vielen Kommunen einheitliche Nutzung gewährleistet wird.

30 Durch solche Maßnahmen würde zudem das Personal der Verwaltungen mittelfristig entlastet.

Antragsbereich BD/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Thüringen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: AK Digitales

Ideen für eine nachhaltige, digitale Wirtschaft

Im Zuge der Digitalisierung des Arbeitsalltags erlangen Plattformen zur Prozesssteuerung eine immer größere Bedeutung. Das Ziel ist, fortschrittliche Verfahren zu fördern, mit denen alle Beteiligten, z.B. bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand, in die Lage versetzt werden, die zu entwickelnden digitalen Verfahren anzuwenden und davon zu profitieren. Dass ein neuer Wertschöpfungsprozess mittelfristig digital erfolgen wird, ist kein Selbstläufer. Der Schwerpunkt einer Anwendungsförderung in der digitalen Kooperation ist darauf auszurichten, insbesondere die Beteiligung von Kleinstunternehmen, KMU und deren Arbeitnehmer auch ohne eigene Beantragung zu gewährleisten.

10 **Begründung:**

Neben den vielen guten Einzel-Programmen, die es bereits zum Wandel in eine digitale Gesellschaft gibt, sollen auch komplexere Ideen gefördert werden, die einen größeren Zusammenhang bedienen. Als Beispiel kann das Wirtschaftssegment der öffentlichen Bauaufträge von Kommunen genommen werden.

In dem Komplex der öffentlichen Ausschreibung mit Vergabe, Ausführung, Übergabe und Nachnutzung soll mittels digitaler Plattformen nachgewiesen werden, dass eine schlüssige Zusammenstellung von Daten-Informationen-Wissen bei gleichzeitiger Überbrückung funktionaler Ebenen dazu führen kann, dass jeder Beteiligte, egal ob Arbeitnehmer (Vorarbeiter), Auftragnehmer (KMU) oder Auftraggeber (Kommune) einen Mehrwert (Wissen) aus den eingepflegten Ereignissen (Informationen) des anderen erhält. Mit dieser Art digitaler Plattform könnte insbesondere für die Arbeitnehmer eine neue Rolle definiert werden. Durch die entscheidende

25 Mitwirkung des Vorarbeiters auf der Baustelle entfaltet sich parallel auf der Wissensplattform eine bislang unbekannte Wertschöpfungsspirale, die in Grundzügen nachfolgend skizziert wird.

Die Dateneingaben der Vorarbeiter und anderer Beschäftigter von KMU dienen in 30 einer Wertschöpfungsspirale für öffentliche Bauaufträge unter anderem

- dem Lebenszyklus-Management des Baukörpers. Mit der täglichen Ressourceneinfassung entsteht ein virtuelles Gebäude, dessen Zusammensetzung aus den Einzelprodukten ohne Systembruch gewartet und bearbeitet werden;

35

- dem Unternehmen zur effektiven Steuerung des eigenen Leistungs- und Ressourceneinsatzes, weil jeden Tag eine Ergebnisanalyse auf den Monitor im Büro gebracht wird. Die Analyse führt zu wissensgestützten Entscheidungen und verbessertem Handeln auf der Baustelle;

40

- dem Arbeitnehmer, weil jeder Einzelne im Baustellenteam am Erfolg mitverdient. Mit den täglichen Leistungsdaten wird ein Tagesergebnis in Umsatz und Aufwand berechnet, was zu einer taggenauen Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter führen kann und die Vergütung an den Erfolg der eigenen Aktivitäten und Arbeitsorgani-

45 sation bindet;

- den anderen im Bauprojekt eingesetzten Unternehmen, die mit der täglichen Leistungserfassung von der Fertigstellung des Vorgewerks in Kenntnis gesetzt werden, was zu Übersichten und Wissen führt, mit dem man die eigene Einsatzplanung genau und flexibel in optimaler Weise auf die aktuelle Baustellenrealität ab-

50 stimmen kann;

- der Bauleitung und den Planungsbüros, weil sie jeden Tag ein weitreichendes Werkzeug auf den Bildschirm bekommen, womit sie den Leistungsstand auf jeder

55 Ebene bequem analysieren können. Somit können auf Wissen gestützte Prioritäten gesetzt werden, die in einen sich-selbst-optimierenden Bauablaufplan münden;

- dem Projektsteuerer, weil er den täglichen Zuwachs an Unternehmerleistung in Form von Kosten eindeutig und sicher auf den Monitor angezeigt bekommt. Dies

60 wird dadurch verstärkt, dass Prognosen bezüglich der zu erwartenden Fertigstellungstermine von Abschnitten oder Gewerken erstellt werden;

- allen Beteiligten, weil die Auswirkung von Störungen im Bauablauf sofort erfasst, registriert, dokumentiert und ausgewertet sind. Die Plattform zeigt auch

65 komplex-verzweigte Effekte aus Terminverzögerung und deren drohender Zusatzkosten an, wenn nicht unverzüglich wirtschaftlich und technisch bestmögliche Entscheidungen getroffen werden;

- dem Auftraggeber und den KMU, weil strittige Auseinandersetzungen minimiert

70 und bei Störungssachverhalten elegant an Sachverständige und ggfs. den Rechtsbeistand geleitet werden. Dabei soll eine einvernehmlich vereinbarte Lösung noch im Bauablauf gefunden werden, ohne diesen zu behindern;

• dem Auftraggeber und den KMU, weil bei der Anwendung von interaktiven kommunikativen Verfahren jeglicher Sachverhalt, der eine Abweichung vom geplanten und geschuldeten Soll bedeutet, erfasst und vermittelt wird. Dies führt zu einer vollständig transparenten Nachvollziehbarkeit der sich täglich abspielenden Ereignisse;

80 • dem Auftraggeber und den KMU, weil mittels eines Bonus-Malus-Systems die kommunikative Verhaltensweise und damit die Zuverlässigkeit des Bauablaufs gefestigt werden. In einem permanenten Ratingverfahren können die Fortschritte und Leistungen mit den im Angebot abgegebenen Kriterien abgeglichen und somit die Zuverlässigkeit der Teilnehmer messbar gemacht werden;

85

• dem Umwelt- und Ressourcenschutz, weil die mit den eingesetzten Ressourcen vernetzten Energie- und Herkunftsinformationen jeden Tag mit einer digitalen Leistungserfassung in den virtuellen Baukörper eingehen, was zur besseren Analyse und Steuerung des zukünftigen Ressourceneinsatzes von Baukörpern genutzt werden kann.

Erneuerungsprozess

Antragsbereich EP/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern)

Kultur der Partei

Wir laden den Parteivorstand ein, eine Initiative zu gestalten für eine veränderte Kultur des Miteinanders, eine Kultur des Feedbacks zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, eine Kultur des Willkommens für neue Mitglieder, für eine Sprache der gegenseitigen Wertschätzung, auch in der Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten. Eine Initiative, die auch ein Controlling beinhaltet, inwieweit die Grundwerte der Partei noch mit den gelebten übereinstimmen, inwieweit die parteiinterne Kommunikation mit der äußeren noch deckungsgleich ist.

Wir fordern den Parteivorstand auf, künftig für eine ausgewogene Repräsentation aller Gesellschafts-, Alters- und Berufsgruppen in den Funktionen der Partei und bei der Besetzung von Mandaten zu sorgen. Lebenslange Dauermandate als Abgeordnete soll es nicht mehr geben.

Die Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitskreise bieten einen idealen Einstieg für neue Mitglieder und an einer Mitarbeit Interessierte in die politische Arbeit. Hier kann sich jeder thematisch einbringen. Deshalb sehen wir auch keine Notwendigkeit für neue Strukturen oder Organisationformen.

Wir wünschen uns jedoch eine Aufwertung der Arbeitsgemeinschaften durch den Parteivorstand und fordern deshalb Sitz und Stimme für alle Arbeitsgemeinschaften im Bundesvorstand der Partei sowie neben einer besseren finanziellen Ausstattung auch eine personelle Aufstockung der für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaften zuständigen Organisationseinheit im WBH.

Darüber hinaus setzen wir uns ein, die Konferenz aller Arbeitsgemeinschaften als Denkfabrik für die erfolgreiche Parteiarbeit zu nutzen.

Begründung:

Die SPD muss man nicht neu denken, die SPD muss lernen, anders zu denken. Wir brauchen zur Erneuerung der Partei in erster Linie eine Veränderung der Kultur.

Antragsbereich EP/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Rheinland-Pfalz

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern)

15 Forderungen zum organisatorischen Wandel der Partei

Die AGS Rheinland-Pfalz hält das derzeitige Motto der Partei für nicht gut: „SPD erneuern“. Es geht nicht darum zu „Erneuern“, sondern um organisatorische und inhaltliche Wandlung, einer Organisationsentwicklung auf unterschiedlichen Ebenen.

5

Eine Partei wie die SPD braucht man nicht zu erneuern. Sie steht über 150 Jahre für Solidarität, Pazifismus und Demokratie, sowie für Gerechtigkeit. Dies sind immer noch die zentralen Themen unserer Weltgemeinschaft.

10 Die AGS Rheinland-Pfalz sieht zur Entwicklung der organisatorischen Struktur der Partei die nachfolgend beschriebenen Wege und beantragt, dass die Bundeskonferenz der AGS entscheidet, diese Punkte als Antrag auf Veränderung in der SPD zu unterstützen, der Bundesvorstand der AGS diese an den Bundesvorstand der SPD weiterzuleitet und dafür sorgt, dass der organisatorische Wandel weitergeschrie-
15 ben wird.

Leitung der Partei: Wertschätzung schafft Wertschöpfung

Die Leitung der Partei ist diesem Motto verpflichtet. Es ist wieder wichtig die Mit-
20 glieder der ganzen Partei wertzuschätzen.

1. Forderung: Der Parteivorstand (Bundes- und Landesebene) wird von allen Mitgliedern gewählt.

25 2. Forderung: Der Kandidat zur Bundeskanzlerwahl (ebenso Land) wird von allen Mitgliedern gewählt.

Umgang miteinander: Verantwortung statt Macht

30 Demokratie erfordert ein verantwortliches Miteinander. Je dezentraler die Unterstützung ist, umso besser für die Partei. Dezentralisierung statt Bürokratisierung

3. Forderung: Die Parteispitzen und vor allem die Bundes- und Landesgeschäftsstellen müssen ihren Umgang mit den Mitgliedern verändern, bürokratische Strukturen breiten sich zunehmend aus. Entbürokratisierung der Ebenen.

4. Forderung: Abbau der Bundesgeschäftsstelle zur Koordinationsstelle, Dezentralisierung auf die regionalen Geschäftsstellen.

40 5. Forderung: Stärkung der regionalen Geschäftsstellen mit dem Gesichtspunkt Mitgliederunterstützung und Mitgliedergewinnung.

Wandel und Kontinuität

Eine Partei mit der Geschichte der SPD steht permanent im Spannungsfeld von Wandel und Kontinuität. Hier gilt es auf den inhaltlichen Aspekt, aber auch auf den organisatorischen zu achten. Für den organisatorischen Wandel sehen wir momentan als wichtig an:

6. Forderung: Beschränkung der Tätigkeit in Parlamenten auf höchstens 2 Wahlperioden auf Landes-, Bundes und EU-Ebene.

7. Forderung: Inhaltliche und organisatorische Konflikte und Positionen werden als Möglichkeit des Wandels betrachtet. Sie sind nicht auf der persönlichen Ebene zu sehen. Gegenkandidaturen sind notwendig und demokratisch erforderlich. 100 % für einen Parteivorsitzenden zeigt eher ein unkritisches Verhalten statt einer Auseinandersetzung. Harmoniestreben gefährdet die Weiterentwicklung. Dialog bedeutet Wandel.

Kompetenz und Erfahrung

60 Beides ist wichtig, sowohl im innerparteilichen Bereich, als auch in der Politik. Wirklichkeit erfahren zu haben, das Leben außerhalb der Partei kennen, im Beruf sich gebildet zu haben, ist Voraussetzung für eine gute Politik und Parteiarbeit. Ehrenamt mehr einbinden.

65 8. Forderung: Kandidaten (über einem Alter von 30 Jahren) für Landes- und Bundesparlament müssen mindestens eine 5jährige Berufspraxis außerhalb der Partei nachweisen.

9. Forderung: Die Ausbildungen der Partei sind praxisnah zu gestalten. Eine Mitarbeit in einem OV ist Voraussetzung.

70 10. Forderung: Ehrenamt bringt eine andere Erfahrung und Kompetenz, deshalb: Alle Parteigremien müssen mindestens zu 50% ehrenamtlichen besetzt sein.

SPD – die Partei der Vielfalt und Gerechtigkeit

75

Vielfalt bedeutet eine breitere Sicht, unterschiedliche Erfahrung und Kreativität. Vielfalt ist mit ein Motor einer modernen Gesellschaft und damit einer starken 80 „Volkspartei“.

11. Forderung: Keine Verknüpfung von Amt und Mandat,

12. Forderung: Der Vorsitzende der Partei (Landes- und Bundesebene) ist nicht-gleichzeitig Mitglied einer Regierung.

13. Forderung: Gemischtgeschlechtliche Doppelspitzen sind zu ermöglichen.

14. Forderung: Vorstände, Arbeitskreise bedienen sich in Zukunft vielfältiger und kreativer Arbeitsformen, das belebt unsere Sitzungen und Versammlungen.

15. Forderung: Digitalisierung in der Partei erleichtern, neue Beteiligungsmodelle schaffen. Vorhandene neue Medien nutzen.

Antragsbereich EP/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Bundestagsfraktion

Expertise der Arbeitsgemeinschaften in der Bundestagsfraktion stärker nutzen

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge die Expertise und das Fachwissen der Arbeitsgemeinschaften stärker und systematischer als bisher nutzen.

Begründung:

5

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften in der SPD sind in vielen Fällen Expertengemeinschaften: ihre Mitglieder verfügen über Erfahrung und Fachwissen in speziellen Bereichen.

10 Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften im Landesvorstand ist es bereits, den Vorstand mit Erfahrung und Kompetenz zu beraten. Dies bieten wir seit Jahren mit Nachdruck für die Fraktion im Landtag an.

In der Vergangenheit ist es häufig vorgekommen, dass Partei und Fraktion Externe

15 zur Beratung hinzugezogen haben, obwohl das benötigte Fachwissen bereits in der eigenen Partei aufbereitet wurde und zur Verfügung steht.

Um den Informationsfluß künftig zu verbessern, schlagen wir einen regelmäßigen Austausch vor, und zwar in beide Richtungen, so dass sowohl die Fraktion die aktuell bearbeiteten Themen der Arbeitsgemeinschaften kennt, als auch die Arbeitsgemeinschaften erfahren, welche Themen die Fraktion aktuell bearbeitet.
Denkbar ist auch, dass die Fraktion die AGS mit der Bearbeitung eines Themas be-
traut.

25 Anhand von Themenstrategien kann so erarbeitet werden, welche Inhalte für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften relevant sind und der politischen Umsetzung bedürfen.

Auch bieten sich die Arbeitsgemeinschaften mit ihrem vorhandenen Fachwissen als Ideen- und Informationsgeber für die Fraktion an.

Antragsbereich EP/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Bundesparteitag

Quotierung von Ehrenamtlich Tätigen als Beisitzer im Parteivorstand der SPD

Für die BeisitzerInnen des Vorstands der SPD ist eine Quotierung von 25% für ausschließlich ehrenamtlich tätige Parteimitglieder festzuschreiben.

Begründung:

5

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) definiert sich selbst als Mitgliederpartei. Die Aufgabe des Parteivorstands ist es dabei u.a., den Willen der Parteimitglieder umzusetzen und diesem in der Praxis Form zu verleihen.

10 Demgegenüber beobachten wir in den vergangenen Jahren eine zunehmende Professionalisierung in der Partei, auch im Parteivorstand: im aktuellen Parteivorstand sind diejenigen, die der Partei professionell verbunden sind, in großer Überzahl vertreten. "Professionell verbunden" bedeutet: MdB (oder bis zur Bundestagswahl 2017), MdL (oder bis zur Landtagswahl 2017), MdE, BürgermeisterInnen und Ober-

15 bürgermeisterInnen, RegierungspräsidentInnen oder MitarbeiterInnen und ReferentInnen der genannten. Dies bedeutet aber auch eine enorme finanzielle Abhängigkeit von der Partei.

Für viele "normale" Parteimitglieder ist es nur schwer nachvollziehbar, dass ein
20 überwiegend aus Berufspolitikern zusammengesetztes Gremium die normative Kompetenz darstellt und darüber bestimmt, wie die Parteipolitik in Zukunft gestaltet wird.

Das Ehrenamt ist das Rückgrat der SPD und bedarf dringend der Stärkung und Unterstützung.
25 Hierzu gehört eben auch, ehrenamtlich tätige Parteimitglieder stärker als bisher auch in die höchsten Entscheidungsgremien der Partei einzubeziehen und ihnen z.B. im Landesparteivorstand Sitz und Stimme zu geben.

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige der NRWSPD (AGSNRW) schlägt daher vor,
30 eine Quotierung von ehrenamtlich Tätigen im Landesvorstand von 25% bei den BeisitzerInnen einzuführen.

Als ehrenamtlich Tätige gelten dabei diejenigen Parteimitglieder, die weder auf europäischer, noch auf Landes- oder Bundesebene ein Mandat bekleiden, noch auf
35 kommunaler Ebene über die Partei in ein Wahlamt, das den Lebensunterhalt sichert, eingezogen sind, noch in einem Arbeitsverhältnis zu Partei oder einer Fraktion der Partei stehen

Antragsbereich EP/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Landtagsfraktionen

Thema Wirtschaft den anderen Themen mindestens gleichrangig behandeln

In allen Wahl-, Grundsatzprogrammen und Leitanträgen ist das Thema Wirtschaft den anderen Themen mindestens gleichrangig zu behandeln.

Begründung:

5 Mut beweisen – konkrete Inhalte bieten!

Das Thema Wirtschaft wird regelmäßig und systematisch in Wahl-, Grundsatzprogrammen und Leitanträgen nur am Rande oder mit Allgemeinplätzen behandelt.

10 Wie die letzten Wahlen zeigen: Wer den Wähler und die Mitglieder überzeugen will, muss konkrete Inhalte und die Wege der Umsetzung aufzeigen.

15 • Jedem ist klar, alles was die SPD an notwendigen sozialen und bildungspolitischen Verbesserungen erreichen möchte, muss auch finanziert werden. Damit die berechtigten Forderungen nach Verbesserung nicht hohl bleiben und durch die einfache Phrase „Das ist doch nicht finanzierbar“ weg zu wischen sind, sind in jedem Programm auch konkrete begleitende wirtschaftspolitische Maßnahmen anzugeben, die einen möglichen Weg zur Umsetzung aufzeigen.

20 • Die richtige Forderung nach guter Arbeit und gerechter Verteilung ist alleinstehend inhaltsleer und damit unglaubwürdig. Es ist nicht nur notwendig, die Forderung mit konkreten wirtschaftspolitischen Plänen und Maßnahmen zu füllen, sondern diese müssen auch klar und nachvollziehbar benannt werden.

Antragsbereich EP/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (Arbeitsgruppe SPD-Erneuern)

Anschreiben

Der Bundesvorstand hat regelmäßig alle zwei Jahre in einem schriftlichen Anschreiben alle Mitglieder über die Arbeitsgemeinschaften, deren jeweilige Arbeit und ihre Zielgruppen zu informieren. Dieser Information ist die Bitte zur Meldung an die MAVIS beizulegen, wenn ein Mitglied bisher in einer falschen Zielgruppe geführt wird.

Begründung:

Organisation stärken – Arbeitsgemeinschaften präsentieren!

10 Die Daten der MAVIS werden im Normalfall nach dem Eintritt bzgl. Arbeitsverhältnis nicht mehr aktualisiert. Tritt jemand als Student in die SPD ein, so bleibt er u.U. sein gesamtes SPD Leben ein Student. Weiterhin zeigt die Erfahrung, dass viele Mitglieder nur unzureichend über die Existenz und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD informiert sind. Das ist selbst dann so, wenn sie zu der natürlichen Zielgruppe einer Arbeitsgemeinschaft gehören.

Antragsbereich EP/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (Arbeitsgruppe SPD-Erneuern)

Leitanträge sollen keine Debatten verhindern

Leitanträge der SPD sollen wieder Antragscharakter bekommen. Leitanträge müssen sich auf Kernaussagen beschränken. Leitanträge sollen keine Debatten verhindern.

5

Begründung:

Mut beweisen – Beteiligung stärken und Debatten zulassen!

10 Leitanträge aller Parteien und in allen Gliederungen werden immer mehr zu einer endlosen Aneinanderreihung von Meinungsbekundungen und inhaltsleeren Phrasen, die darum bemüht ist, jedes Feld der aktuellen Politik möglichst ohne innerparteiliche Kontroverse abzudecken.

15 Damit verhindern sie die für die substantielle Meinungsfindung und die Glaubwürdigkeit notwendigen Debatten.

- Denn diese Leitanträge führen in der Regel nicht selbst zu einer Debatte. Die Allgemeinheit der Aussagen bietet keine konkreten Ansatzpunkte.

20 • Denn jede mögliche Debatte wird in der Menge der redaktionellen Anträge, die dem überbordenden Umfang der Leitanträge geschuldet sind, erschöpft.

- Denn meist wird die Debatte der folgenden, oft besseren und konkreteren Anträge, unter Hinweis auf die Erledigung durch den Leitantrag, im Keim erstickt.

Antragsbereich EP/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung

SPD ist die Partei des Friedens

Die AGS Bundeskonferenz spricht sich dafür aus, dass die SPD die Partei des Friedens war, ist und bleibt. Deutschland darf sich nicht an Kriegshandlungen beteiligen. Deutschland hat sich jedoch an nicht militärischen und friedensstiftenden Maßnahmen zu beteiligen. Alle Mandatsträger werden aufgefordert, diese Position
5 bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Begründung:

Mut beweisen – Wichtige Themen angehen!

10

Die Frage von Krieg und Frieden treibt die Bürger unseres Landes immer mehr um. Für die große Bedeutung steht die häufig gehörte Aussage: „Für die Weigerung Deutschlands sich am Irak Krieg zu beteiligen, gebührt Gerhard Schröder mein höchster Respekt und deshalb hab ich ihn damals auch gewählt.“ Diese Bedeutung

15 scheint durch weite Teile der Politik unerkannt zu sein.

Durch die stetigen und scheinbar größer werdenden Krisenherde ist auch Deutschland betroffen. Mittelbar sind wir durch den Flüchtlingsstrom betroffen. Unmittelbar ist die Bundeswehr an immer mehr ausländischen Einsätzen, auch im Kriegs-20 einatz, beteiligt.

Vor allem bei der Flüchtlingspolitik kann für keinen menschlich gebliebenen Deutschen die Lösung sein, lass die Menschen doch dort verrecken wo sie sie sind. Unser Ansatz muss sein, beseitige die wichtigsten Fluchtursachen. Trage dazu bei, dass 25 die Menschen in Ihrer Heimat in Frieden und ohne Bedrohung von Leib und Leben bleiben können. Setze dich dafür ein, dass sie zuhause eine lebenswerte wirtschaftliche Grundlage haben.

Selbständigkeit

Antragsbereich S/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand

Selbständigkeit und Plattformökonomie

Einführung

Seit einiger Zeit diskutiert die Politik unter den Stichworten „Arbeit 4.0“ und „Industrie 4.0“ die neue bei der Automatisierung eingetretene Qualität und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Was wir derzeit erleben ist jedoch sehr viel mehr, als lediglich eine Verschärfung der seit den 1980er Jahren erfolgten Automatisierung und Maschinisierung der Arbeit. Insbesondere der Aufstieg der Plattformen führt dazu, dass sich das Wirtschaftsgefüge und die Rahmenbedingungen, in denen abhängige oder Selbständige Arbeit erbracht werden, grundlegend wandeln. Neue Arbeit ist mehr als alte Arbeit mit Breitbandanschluss!

Kapital verliert an Bedeutung

Unter dem beschönigenden Ausdruck der „share economy“ wird ein Prozess beschrieben, in dem Unternehmen nicht mehr selbst Kapital einsammeln und davon Betriebsmittel anschaffen, sondern bei Bedarf die Betriebsmittel von Dritten und von Privaten einsetzen.

So bietet die Firma Uber in vielen Märkten mehr Fahrzeugkilometer an, als dies ein großer Autovermieter tut. Während große Autovermieter Millionenbeträge für Fahrzeuge investieren müssen, hat Uber kein einziges. Uber „organisiert“ den Einsatz der Fahrzeuge der Selbständigen Fahrer.

Die Plattform „AirBnB“ bietet mehr Gastbetten an, als dies große Hotelketten tun. Während Hotelketten für viele Millionen Gebäude und Einrichtung anschaffen müssen, nennt AirBnB kein einziges Zimmer und kein einziges Bett sein Eigen. AirBnB „organisiert“ die von den „privaten“ Anbietern eingestellten Immobilien.

Trend von der Anstellung zur Soloselbständigkeit

Dies betrifft nicht nur die Sachwerte, sondern insbesondere auch den Personaleinsatz. Während bspw. Hotelketten oder Taxiunternehmen über ein großes Heer an

30

Personal verfügen müssen, erbringt Uber seine Mobilitätsdienstleistungen über die auf der Plattform organisierten Selbständigen.

Durch die immer zahlreicher werdenden Plattformen für die Leistungen von Freiberuflern, insbesondere im Bereich Grafikdesign, Webdesign, Bildbearbeitung, Übersetzungen, Textarbeit bis hin zu Ingenieurs- und Architektenleistungen ist, auf der einen Seite für kleine Selbständige ein nie da gewesener Marktzugang möglich geworden. Dieser Marktzugang funktioniert zudem überall, wo Internetanschluss besteht: Man muss sich nicht mehr in der Nähe von Kunden oder in den für eine Dienstleistung bekannten Städten aufhalten. Grafikdesign oder Übersetzerleistungen lassen sich beispielsweise mittlerweile genauso gut mit dem Laptop am Strand von Bali erbringen, wie in einem Büro in der „Medienstadt“ München.

Die Kehrseite dieser vermeintlich freiheitlichen Verteilung der Arbeit ist, dass klassische Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden. Da sich eine Werbeagentur jederzeit und schnell freiberufliche Zuarbeiter „einkaufen“ kann, bedarf es keines so großen Stammes an festem Personal mehr. In der Tendenz wird diese disruptive (also reguläre Arbeitsplätze vernichtende) Funktion der Plattformökonomie noch deutlich zunehmen. Unter dem Strich wird viel Arbeit, die früher von Angestellten erbracht wurde, in den Bereich der SoloSelbständigkeit verlagert. Es entsteht somit eine sehr große Zahl von wirtschaftlich Schwachen und verhältnismäßig machtlosen Selbständigen.

Verlagerung der Macht im Dreieck Kunde-Plattform-Anbieter

Früher galt die Faustformel „wer bezahlt hat die Macht“. Das waren die Arbeitgeber bzw. Auftraggeber. Daher hat die Politik insbesondere auf Druck der Arbeitnehmerbewegung Regeln erlassen, um die Übermacht von Arbeitgebern zu beschränken und im Bereich der Selbständigkeit die Position der Auftragnehmer gegenüber den Auftraggebern gestärkt haben.

In der Plattformökonomie liegt die Macht aber nicht bei demjenigen, der eine Fahrt bei Uber bucht oder über eine Dienstleistungsplattform eine Dienstleistung anfragt. Die Entscheidung darüber, wer und zu welchen Konditionen Aufträge erhält oder nicht erhält, liegt letztendlich bei den Plattformen als Makler. Sie sind in der Lage, vollkommen einseitig die Regeln des Marktes festzuschreiben und zu verändern und insbesondere auch über die Gewinnmargen der Beteiligten zu entscheiden. Je erfolgreicher die Plattformökonomie in einzelnen Bereichen geworden ist, desto größer sind die Margen der Plattformen und desto geringer die Erlöse der SoloSelbständigen geworden. Diese Machtasymmetrie ist nicht länger hinnehmbar. Hier muss die Politik handeln!

Wir stehen noch recht am Beginn der Debatte, so dass der genaue Lösungsweg sich erst im Rahmen der fachlichen und politischen Diskussion zeigen wird. Aus unserer Sicht sind die wichtigsten Regelungspunkte:

75

- Schutz vor willkürlichem Entzug des Marktzugangs,
 - Schutz vor willkürlicher Änderung der Verhaltensregeln am Markt,
 - Schutz vor willkürlicher Veränderung der Margen zu Lasten des Dienstleistungsanbieters,
- 80 • Transparenz des Marktes und seiner Regeln,
- Schutz einer Grundauskömmlichkeit der Tätigkeit als SoloSelbständiger / Verhinderung von Dumpingpreisen.

Lösungsansätze können sich aus folgenden Gedanken ergeben:

- 85 • Ein Teil dieser Anforderungen kann über die Erstreckung des Rechtes der allgemeinen Geschäftsbedingungen auch auf SoloSelbständige erreicht werden.
- Eine Garantie des Bestandes und der wesentlichen Vertragsbedingungen vor grundloser Veränderung sind beispielsweise im Wohnraummietrecht und im Arbeitsrecht bekannt, so dass sich parallele Regelungen finden lassen könnten.
- 90 • Zum Schutz einer gewissen Grundvergütung für die Leistungen könnte den Plattformen untersagt werden, Verträge zu Preisen zu vermitteln, bei denen offenkundig ist, dass der Leistungserbringer nicht einmal einen gewissen Mindestsatz (hier wäre an den gesetzlichen Mindestlohn zuzüglich der Bruttoarbeitgeberkosten und eines gewissen Investitionsaufschlages zu denken).

Wir fordern die SPD auf, die Diskussion aktiv zu führen und das Verhältnis zwischen den Plattformen und den Soloselbständigen zu regeln, um diesen einen Mindestschutz zu bieten.

Antragsbereich S/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand

Antrag auf Schutz von Berufsbezeichnungen und Einführung von Gebührenordnungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD fordert den Schutz von Berufsbezeichnungen bei qualifizierter Ausbildung und die Einführungen von Gebührenordnungen – soweit noch nicht vorhanden - für Berufe in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

5

Begründung:

Innerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt es zahlreiche Berufe mit ungeschützten

10 Berufsbezeichnungen, was eine Mischung unterschiedlichster Qualifikationen innerhalb einer Berufsgruppe ermöglicht. Um eine Berufsbezeichnung zu führen, sollten Instanzen eingerichtet werden, die einen Eignungsnachweis in Form einer Zertifizierung durchführen. Dabei kann es sich um Fachorganisationen, Berufsverbände oder eine Institution wie der IHK handeln.

15

Die Organisation von Berufsgruppen innerhalb von Berufsverbänden hat den Vorteil,

Berufsprofile schärfen und Qualifikation-Mindeststandards sicher stellen zu können. Auf dieser Basis sind Verbände in der Lage, ausgehend von einem Mindestho-

20 norar

Verrechnungssätze für Leistungen festzusetzen. Berechtigte Forderungen nach adäquater

Honorierung lassen sich auf diese Weise leichter durchsetzen. Berufliche KonkurrentInnen unterliegen in Angebot und Abrechnung derselben Gebührenordnung - ein Baustein zu wettbewerbsfähiger Selbständigkeit und wirtschaftlicher Stabilität.

Steuer- und Finanzpolitik

Antragsbereich SF/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bezirk Hessen-Süd

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) - nicht die menschliche Arbeit!

Das deutsche Steuerrecht muss auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Künftig sollen auch und vor allem die Wertschöpfungsquellen der digitalen Wirtschaft die Basis für die Besteuerung werden, anstatt weiter vor allem auf das Arbeitseinkommen abzuheben und Unternehmensgewinne (insb. der transnationalen Konzerne sowie Börsenumsätze) eher zurückhaltend zu besteuern.

Um sicherzustellen, dass diese Steuern auch tatsächlich entrichtet werden, müssen wir eine einheitliche Steuerpolitik (Steuerkorridore) auf europäischer Ebene anstreben, die die vorhandenen Steuerschlupflöcher stopft. Ist dies nicht möglich, ist eine praktikable Lösung auf nationaler Ebene zu finden.

Begründung:

Das Steuerrecht in vielen Industrieländern basiert im Wesentlichen noch auf dem Wirtschaftsbild des 19. Jahrhunderts: Belastet werden vor allem Arbeitseinkommen, Firmengewinne und Warenumsätze. Die bisherige Steuerpolitik hat durch die Besserbehandlung von Kapital- gegenüber Arbeitserlösen sogar die soziale Ungleichheit verstärkt.

Die Technologiekonzerne der Welt sind längst eine Milliardenindustrie, die Daten (weitgehend ohne dafür zu bezahlen) sammelt, aufbereitet, nutzt und verkauft. Zugleich gibt es die Sorge, dass im Digitalzeitalter viele Menschen ihre angestammte Tätigkeit nicht mehr ausüben können, weil der Einsatz von Computern und AI Maschinen ihre Jobs besser und billiger erledigt. Hier wird die Gesellschaft unter engagierter Mitwirkung der SPD umfassende neue Strukturen der Weiterbildung, der Versorgung und der sozialen Sicherung entwickeln müssen, um diesen Wandel abzufedern.

Angesichts dieser Entwicklung und um die notwendige Finanzierung der Staatsaufgaben auf gerechter Basis sicherzustellen, muss das Steuersystem auf neue Beine

gestellt werden. Die Unternehmensgewinne, die unter Nutzung von Computern, Daten, etc. ohne menschliche Arbeitskraft erzielt werden, müssen wesentlich stärker als bisher in Deutschland besteuert werden.

35 Da einerseits Daten die kostenlose Handelsware des 21. Jahrhunderts sind und andererseits menschliche Arbeit immer schwerer bezahlbar wird, wirft das nicht nur Fragen nach dem Schutz der Privatsphäre und neuen Formen der Einkommenssicherung auf. Vielmehr muss der Staat auch beantworten, wie er sich angesichts einer erodierenden Steuerbasis in Zukunft finanzieren will.

40

Die Digitalwirtschaft verschärft das Problem noch, denn sie beraubt nicht nur Menschen ihrer Arbeit und Staaten ihrer Steuerzahler, sondern schafft auch ein Tauschsystem, das für den Fiskus kaum greifbar ist. Denn die Internetfirmen kaufen persönliche Daten nicht bei den Besitzern ein, sie erhalten sie vielmehr kostenlos, weil
45 sie im Gegenzug ebenso kostenlose Apps oder Dienste anbieten.

Der Staat, der sonst auf jeder Wertschöpfungsebene Steuern erhebt, ist so außen vor. Schätzungen zufolge sind die persönlichen Daten, die ein Mensch den Konzernen pro Monat schenkt, bis zu 80 Dollar wert.

50

Die Staaten müssen auf diese Veränderungen reagieren und das Steuerrecht auf eine ganz neue Basis stellen. Statt weiter vor allem auf das Arbeitseinkommen abzuheben, sollten künftig auch Gewinne aus Datentransfers und der Einsatz von AI besteuert werden.

55

Kombiniert mit einer adäquaten Belastung von Kapitalerträgen und von Vermögen sollte auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme eingeführt werden, die die einseitige Belastung der Arbeit durch eine Belastung der gesamten Erträge von Unternehmen ablöst.

60

Das klingt zunächst nach einem kulturellen Rückschritt. Der Vormarsch der effizienten Maschinen wird durch die Steuerpolitik mglw. verlangsamt. Doch nicht nur Pflegebedürftige dürften sich freuen, wenn sie statt von effizienten Robotern auch in Zukunft von ineffizienteren, dafür aber mitfühlenden und -denkenden Menschen versorgt werden.
65

Dass der Staat bisher nicht gegenlenkt, ist außer mangelndem Veränderungswillen vor allem der anhaltend guten Konjunktur geschuldet, welche die Steuererlöse sprudeln lässt und längst absehbare strukturelle Probleme noch verdeckt. Doch die Kombination aus alternder Gesellschaft, sinkender Erwerbsfähigkeit, Maschinisierung und letztlich vollständiger Digitalisierung der Wirtschaft wird eine Reform erzwingen. Je eher der Staat diese Herausforderung angeht, desto besser.

Antragsbereich SF/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bezirk Hessen-Süd

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im EU-Parlament

Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in der EU für den mittelständischen E-Commerce

Die SPD möge darauf hinwirken, dass für den E-Commerce eine Erleichterung hinsichtlich der Handhabbarkeit bei Schwellenwertüberschreitungen im Umsatzsteuerrecht verankert wird.

- 5 In diesem Zusammenhang möge geprüft werden,
- ob z.B. eine Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Schwellenwerte sinnvoll sein kann,
 - oder auf nationaler oder EU-Ebene eine zentrale Stelle geschaffen werden kann, die die Umsatzsteuermeldungen und –zahlungen aus grenzüberschreitenden Um-
- 10 sätzen bündelt,
- oder eine sonstige handhabbare Möglichkeit zum Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) zu installieren ist.

Begründung:

- 15 Zum Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wurden Schwellenwerte für Lieferungen in die jeweiligen EU-Länder geschaffen. Erfreulicherweise haben die KMU hier in den letzten Jahren nicht nur Fuß gefasst, sondern einen großen Teil des Marktgeschehens erobern können und so das Zusammenwachsen Eu-
- 20 ropas forciert. Allerdings wurde die für den wirklich freien Handel notwendige Harmonisierung des EU-Steuerrechtes noch nicht in ausreichendem Maße vollzogen. Dies bedeutet für die KMU ein hohes finanzielles Risiko und einen oft kaum zu bewältigenden Kosten- und Zeitaufwand. Dies ist darin begründet, dass bei Überschreitung des jeweiligen Schwellenwertes im Laufe des Jahres für alle Umsätze
- 25 (ab dem Zeitpunkt der Schwellenüberschreitung) auf alle vorherigen Rechnungen des Kalenderjahres nicht mehr der Umsatzsteuersatz des Ursprungslandes, sondern der des jeweiligen EU-Ziellandes anzuwenden ist.

Die Überprüfung des Schwellenwertes ist für jeden einzelnen EU-Staat vorzuneh-

30 men, wie die Beispiele von Schwellenwerten zeigen:

- 35.000 EUR für Österreich, Belgien, Ungarn, Italien, Spanien
- 35.935 EUR für Polen und Schweden
- 37.508 EUR für Dänemark

- 84.541 EUR für Großbritannien
- 35 • 100.000 EUR für Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Niederlande.

Hieraus ergibt sich, dass

- rückwirkend für das laufende Jahr der Umsatzsteuerausweis für alle Rechnungen, die das Lieferland betreffen, korrigiert werden muss, da die USt (Umsatzsteuer)-
40 Sätze in den einzelnen Staaten zum Teil weit voneinander abweichen. Auch fallen erhebliche Steuerberatungskosten in jedem Land an.
- das Unternehmen daher die bereits getätigten USt-Meldungen für jeden Monat korrigieren und die Differenz von seiner Finanzbehörde für diese Fälle zurückfordern muss.
- 45 - im entsprechenden Lieferland eine Steuernummer beantragt werden muss. Als Beispiel möge dienen, dass man z.B. in Spanien eine Steuernummer nur erhält, wenn man in Spanien ein Bankkonto besitzt. Aber um dieses spanische Bankkonto eröffnen zu können, benötigt man wiederum eine spanische Steuernummer. Erfahrungsgemäß kann das bis zu einem Jahr dauern. Ohne Steuernummer ist eine USt-
50 Meldung nicht möglich. Das hätte dann eine Fristversäumnis zur Folge, die mit Säumnisgebühren belegt werden muss. Die dann nicht getätigte Zahlung wird ebenso mit einem Verspätungszuschlag geahndet.

In jedem Land sind eigene Meldefristen- und Meldezeiträume gesetzlich verankert
55 und ebenso, wie oben bereits erwähnt, unterschiedliche USt-Sätze.

Bei alledem ist zu bedenken, dass bei dem ursprünglichen Kaufvertrag (VOR der Schwellenwertüberschreitung) der Steuersatz des Ursprungslandes in Rechnung gestellt wurde. Erhöht sich dieser USt-Steuersatz durch die Schwellenwertüber-
60 schreitung, ist der Steuersatz des Ziellandes verpflichtend. Eine Differenz zu Ungunsten des Lieferanten ist von ihm (z.B. dem E-Commerce-Händler) selbst zu tragen. Das schlägt sich bei der Rendite des jeweiligen Geschäfts nieder und kann im Vorhinein nicht kalkuliert werden, denn am Jahresanfang ist noch nicht abzusehen, wie sich der Umsatz im entsprechenden Zielland entwickeln wird.

Antragsbereich SF/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Umsatzsteuergerechtigkeit im Online-Handel

Die SPD-Bundestagsfraktion möge ein Gesetzgebungsverfahren in Gang setzen, dass das Abführen der Umsatzsteuer beim Verkauf von Waren an Endverbraucher über Online-Plattformen (z.B. Amazon) sichert und einer Überprüfung unterzieht
5 sowie Online-Plattformen verpflichtet, den Umsatzsteueranteil an Online-Geschäften in Deutschland gegenüber den zuständigen Finanzämtern anzuzeigen.

Begründung:

10 In Deutschland unterliegt jeder, der Waren an einen Endverbraucher verkauft, der Umsatzsteuerpflicht. Diese ist auf der der Lieferung zugehörigen Rechnung auszuweisen.

Über Online-Plattformen wie Amazon oder Alibaba bietet sich ein Schlupfloch, das kaum überprüft wird: im Ausland ansässige Händler weisen oft weder die Umsatzsteuer aus, noch führen sie diese an die deutschen Finanzbehörden ab.
15

Die Online-Plattformen entziehen sich jeder Offenlegungspflicht, indem sie sich als ledigliche Verkaufsplattformen und nicht als involvierte Händler definieren.
20 Tatsächlich verdienen diese Online-Plattformen durch die Bereitstellung dieses Vertriebsweges durchaus und auch pro Verkauf.

Bestellung und Auslieferung der Waren erfolgt oft sogar über deutsche Zwischenlager.

25 Da der im Ausland sitzenden verantwortlichen Händler kaum habhaft zu werden ist, wenn sie sich ihren Steuerpflichten in Deutschland entziehen, muss hier eine Regelung gefunden werden, die diese Online-Plattformen einbezieht und stärker als bisher in die Verantwortung nimmt.

30 Die zutage tretende Steuergerechtigkeit schadet deutschen Unternehmen, insbesondere dem Mittelstand, der sich seiner Steuerpflichten nicht entziehen kann und will und schadet damit auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

35 Jahr für Jahr entgehen deutschen Finanzämtern somit Beträge in Milliardenhöhe. Wenn man sich darüber klar wird, dass die Umsatzsteuer etwa ein Drittel des gesamten Steueraufkommens in Deutschland ausmacht, erschreckt dies besonders.

Wir fordern daher die SPD-Fraktion im Bundestag auf, umgehend ein Verfahren in Gang zu setzen, der dem Missbrauch in dem Vertriebsweg Online-Handel einen Riegel vorschiebt und die Online-Plattformen zwingt, den Mehrwertsteueranteil in den gehandelten Waren offenzulegen und abzuführen.

Antragsbereich SF/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Überwiesen an AK Finanzen

Mindesthonorare für Selbständige

1. Im Bereich Selbständige Tätigkeit muss eine Vergütung sichergestellt sein, die in ihrem wirtschaftlichen Gegenwert zumindest dem Mindestlohn für Angestellte entspricht, d.h. mindestens 16 EUR.
- 5 2. In geeigneten Branchen sollen Honorarordnungen nach dem Beispiel von HOAI, GOÄ, RVG, StBVV, etc. erlassen werden.
3. Soweit die Tätigkeit weder nach Zeitmaß abgegolten wird, noch die Mindestvergütung durch Honorarordnungen geregelt ist, soll gesetzgeberisch klargestellt werden, dass alle vertraglichen Vereinbarungen, die anfänglich vorhersehbar zu einer Erbringung von Leistungen mit einer wirtschaftlichen Vergütung, die geringer liegt als der Mindestlohn für Angestellte sittenwidrig und nichtig sind und der Auftraggeber von Gesetzeswegen ein angemessenes Honorar im Gegenwert des gesetzlichen Mindestlohns schuldet.

15

Begründung:

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes hat die SPD erfolgreich einen Dumpingschutz für sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter durchgesetzt. Eine
20 Unterschreitung dieses Mindestniveaus droht jedoch einerseits im Bereich der mittels Werkverträge ausgelagerten Leistungen durch formal Selbständige Mitarbeiter, sowie immer stärker und häufiger im Rahmen des sogenannten „Croud-Work“, bei dem Selbständige ihre Leistung auf Plattformen anbieten, sowie durch Kleinstselbständige wie Putzfrauen.

25

1. Bestimmung des Mindeststundesatzes

Dort wo das Honorar sich nach Zeitmaß bestimmt, ist ein Dumpingschutz durch Einführung einer Untergrenze unproblematisch möglich. Hierbei sollte sich das Ein-
30 kommen eines Selbständigen anhand des für Arbeitnehmer geltenden gesetzlichen Mindestlohnes von 8,84 EUR in der Stunde zuzüglich 23,5 % Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, der für den Dienstnehmer bei Angestellten zu erbringen ist, so-
wie eines Zuschlages für die dem Selbständigen nicht zustehenden Mindestur-
35 laubsansprüche nach BUrlG, zuzüglich eines weiteren Aufschlages für nicht ge-
bene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, und eines moderaten Risikozuschlages da-
für, dass der Selbständige im Gegensatz zum Angestellten das Risiko seiner Auslas-
tung voll selbst trägt, der zumindest 20 % zu betragen hat, sowie eines weiteren
Zuschlages für die im Regelfall durch den Selbständigen gestellten Arbeitsmittel
40 wie PC, Kraftfahrzeug etc. und allgemeine Geschäftsunkosten in Höhe von weite-
ren 20 %, liegen sollte.

Berechnungsweise:

	%	EUR
45 gesetzlicher Mindestlohn		8,84 €
Arbeitgeberanteil zur SV	23,5%	2,08 €
Urlaubsanspruch (24 /249tel)	9,6%	0,85 €
fehlende Leistung aus LFZG (15 Tage / Jahr)	6,0%	0,53 €
Risikozuschlag Auslastung	20,0%	1,77 €
50 Zuschlag Arbeitsmittel	20,0%	1,77 €
SUMME		15,84 €

2. Zahlung nach Pauschalen / Honorarordnungen

55

Schwieriger wird die Verhandlung eines Mindesthonorars jedoch in Bereichen, in denen nach Stückzahlen oder in Pauschalen bezahlt wird. Hier lässt sich das Entgelt nicht ohne weitere in Stundenpreise aufgliedern. Auch ist es in diesem Bereich durchaus legitim, dass eine Pauschale einmal zu einer guten und ein anderes Mal
60 zu einem schlechten Verdienst führt, solange die Quersubventionierung klappt. Ein Beispiel hierfür könnten die Pauschalhonorare für Ärzte oder Anwälte sein. Während der eine Schnupfenpatient schnell und einfach und damit mit einem hohen Ertrag pro Zeiteinheit behandelt sein kann, gibt es auch Patienten, deren Erkrankung oder Redebedarf deutlich komplexer ist, sodass dieser Patient zu einem
65 schlechteren Deckungsbeitrag führt.

Zumindest bezüglich der freiberuflichen Leistungen hat der Gesetzgeber in Form der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), der Gebührenordnung

70 für Ärzte (GOÄ), der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZÄ), des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG), der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV) und anderen Spezialgesetzen bereits gesetzliche Tarifwerke geschaffen, die im Regelfall auch im Einvernehmen von Auftraggebern und Auftragnehmern nicht unterschritten werden dürfen. Auf kommunaler Ebene gilt dies auch für die Taxi-Tarife. Diese bereits auf breiter Front und seit vielen Jahrzehnten im deutschen Recht vorhandenen Mindestvergütungssysteme sollten unter Einbeziehung der Stellungnahmen der jeweiligen Verbände der Auftraggeber und Arbeitnehmer in der jeweiligen Branche (beispielsweise Fotografie, Designleistungen, etc.) auf weitere Bereiche ausgeweitet werden.

3. Auffangklausel / Sittenwidrigkeit

Soweit eine derartige Lösung entweder nicht praktikabel ist oder noch nicht umgesetzt wurde, fordern wir, dass der Gesetzgeber anordnet, dass Pauschalvereinbarungen dann nichtig sein sollen, wenn objektiv bereits bei deren Vereinbarung klar abzusehen ist, dass diese dazu führen werden, dass die Leistung des Selbständigen unterhalb des oben beschriebenen Mindestvergütungssatzes erfolgt. In diesem Fall soll das dem voraussichtlichen Zeitaufwand entsprechende Honorar als Mindestvergütung geschuldet sein.

Antragsbereich SF/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch SF 3

Umsatzsteuerpflicht im Internethandel

Die AGS Bundeskonferenz fordert die SPD Bundestagsfraktion und den Bundesfinanzminister auf, sich hinter den Vorschlag der Finanzminister der Länder zu stellen, der fordert, Betreiber von Internetmarktplätzen für die auf Ihrer Plattform auch durch die von Dritten getätigten Umsätze entstehenden Umsatzsteuerpflichtung haften zu lassen.

Begründung:

Internetkonzern wie Amazon stellen Dritten Ihre Infrastruktur (Web-site, server, Logistik) und Ihre Bekanntheit und Kundenbeziehungen gegen Entgelt zur Verfügung. Gleichzeitig wird zum Teil auch aktiv z.b. in China die Problematik der Abführung der Umsatzsteuer für diese Anbieter – die keinen Sitz in der EU haben – so besprochen, dass Möglichkeiten, die Einfuhrumsatzsteuer zu hinterziehen klar aufgezeigt

werden. In der Praxis beziehen Endkunden in Deutschland Ware von einem z.B: chi-
15 nesischen Anbieter, der in der EU keine UST-Id hat, hier nicht steuerlich angemeldet
ist und keine Umsatzsteuer abführt.

Die dadurch hinterzogene Umsatzsteuer liegt im geschätzt hohen 3-stelligen Milli-
onenbereich.

20

Ausser dem Schaden für uns Alle entsteht ein Wettbewerbsvorteil für diese unseri-
ösen Anbieter gegenüber dem Mitbewerber, da diese Waren um 19% günstiger an-
geboten werden können.

Antragsbereich SF/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Gerechte Nachzahlungs-Erstattungszinsen gemäß §§ 233a,238 AO

Die SPD fordert den Gesetzgeber auf den ursprünglichen Zustand der bei der Ein-
führung der Nachzahlungszinsen in Gestalt der Abzugsfähigkeit als Betriebsausga-
ben wiederherzustellen und einen sich an der Realität orientierenden Zinssatz ein-
zuführen.

5

Begründung:

Ursprünglich wurde diese Verzinsung zum Vorteilsausgleich zwischen Steuerpflich-
tigen und Fiskus eingeführt. Der Zins unterlag der vollen Versteuerung und konnte
10 demgegenüber auch voll von der Steuerbemessungsgrundlage abgezogen werden.
Dieser Zins hatte keinen Strafcharakter, wie die Hinterziehungszinsen oder der
Strafzuschlag. Die Anwendung und der Vollzug des Gesetzes waren entsprechende
einfach

Nach der derzeitigen Rechtslage beträgt, der Zinssatz 6 %. Dieser entspricht nicht
15 annähernd dem Marktzins.

Erstattungszinsen sind voll zu versteuern. Allerdings wurde auch hier, wie bei der
Abgeltungsteuer bei den Nachzahlungszinsen zur Einkommensteuer, ein Höchst-
Steuersatz von max. 25% eingeführt. Bei Höchststeuersatz und dem nötigen Klein-
20 geld reizt dies für Steuergestaltungen. Die Nachzahlungszinsen bei der Mehrwert-
steuer können weiterhin als Betriebsausgaben abgezogen werden, wohingegen die

Nachzahlungszinsen bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer nicht abgezogen werden können.

25 Alle Erstattungszinsen sind voll zu versteuern bis auf natürliche Personen bei denen seit der Einführung der Abgeltungsteuer der Steuersatz bei Zinsen auf max. 25% begrenzt ist. In der Praxis kommt es häufig vor, dass eine Verminderung von Nachzahlungszinsen häufig zu einem Qualifikationskonflikt führen und diese Verminderung als Nachzahlungszinsen versteuert werden. Die Berechnung der Zinsen
30 und deren richtigen Behandlung in der Steuererklärung hat sich zu einer intellektuellen Herausforderung für die Beteiligten entwickelt. Es wurde eine unendliche Quelle für Finanzgerichtsprozesse und Fachaufsätze geschaffen.

Bürokratieabbau und Steuergerechtigkeit werden durch das Gesetz in der jetzigen
35 Form nicht gefördert.

Der gesetzliche Rahmen muss vereinfacht werden, um den Bürokratieabbau zu fördern. Die SPD sollte dafür eintreten, dass die alte Rechtslage wiederhergestellt wird. Das bedeutet volle Steuerpflicht der Erstattungszinsen (keine Abgeltungs-
40 teuer) ohne Wenn und Aber sowie volle Abzugsfähigkeit der Nachzahlungszinsen vom zu versteuerndem Gewinn / Einkommen.

Die SPD sollte sich für eine realitätsgerechte Anpassung des Zinssatzes von derzeit 6% auf EZB plus x einsetzen.

45

Fazit:

Das Gesetz zur Verzinsung von Steuernachforderungen hat keinen Sanktionscharakter wie die Hinterziehungszinsen oder die Strafzuschläge. Es dient der Steuergerechtigkeit.

50 Die Nachzahlungszinsen dienen dazu, typisierende Liquiditätsvorteile des Steuerpflichtigen und des Staates auszugleichen. Hierzu bedarf es einer einfachen Handhabung und eines Zinssatzes der sich am Marktzins orientiert.

Auch hier gilt: Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Arbeitsprozessen für die Erhebung von Steuern und Abgaben dient auch der „Steuergerechtigkeit“, eine der Säulen der sozialen Marktwirtschaft.

Antragsbereich SF/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Praxisgerechte Anpassung des Rechtsberatungsgesetzes in Puncto sozialversicherungsrechtliche Beratung durch Steuerberater

Der Landesparteitag der SPD Bayern schlägt vor, dass der Gesetzgeber zu den sozialversicherungsrechtlichen Kompetenzen der Steuerberater im Gesetz Stellung nimmt und das Gesetz an die Erfordernisse der Praxis anpasst sowie den Vorschlag des Deutschen Steuerberaterverbandes unterstützt.

5

Begründung:

Zu den klassischen Tätigkeiten der Steuerberater gehört nach dem Steuerberatergesetz auch die Lohnbuchhaltung. Heute werden ca. 12 Mio. Lohnbuchhaltungen 10 jeden Monat durch Steuerberater erstellt. Eine besondere Bedeutung kommt neben den sozialversicherungsrelevanten Meldungen mit der Lohnabrechnung auch der sozialversicherungsrechtlichen Prüfung und Beratung im Rahmen dieser Abrechnungen zu.

15 Kein andere als der Steuerberater besucht in diesem Zusammenhang mehr Fortbildung bei den Kassen und Verbänden um den Anforderungen seiner Mandanten und des Gesetzgebers gerecht zu werden.

Zu diesem Beratungsfeld gehört auch das Statusfeststellungsverfahren nach § 7a 20 Abs. 1 SGB IV in dem über die Scheinselbständigkeit entschieden wird. Gerade bei Existenzgründern und Selbständigen spielt dieses Thema, neben einer möglichen Zwangsmitgliedschaft in der Rentenversicherung, eine große Rolle.

Satus Quo:

25 Nach der derzeitigen Rechtslage (Auffassung des Status Quo:

Nach der derzeitigen Rechtslage (Auffassung des BSG) sind Steuerberater nicht befugt, bei Mandaten die sie auch steuerlich betreuen, diese auch im Rahmen eines Statusfeststellungsverfahrens zu betreuen.

30 Dies entspricht weder den Anforderungen der Praxis und dem Bürokratieabbau in unsrem Staat noch den Anforderungen an einen fachgerechten Gesetzesvollzug.

Forderung:

Der gesetzliche Rahmen muss an die Praxis angepasst werden um den Bürokratie- 35 abbau, durch eine dann mögliche Beratung aus einer Hand, zu fördern.

Die SPD sollte sich in diesem Punkt den Forderungen des Deutschen Steuerberater Verbandes anschließen.

„Der DSTV (SPD) fordert den Gesetzgeber auf, die Kompetenz der Steuerberater im 40 Bereich des Sozialversicherungsbeitragsrechts gesetzlich klarzustellen. Hierzu muss

das Berufsrecht ergänzt und der Katalog der Prüfungsgebiete des § 37 Abs. § StBerG um das Sozialversicherungsbeitragsrecht erweitert werden. „

Diesen Antrag des DSTV sollte die SPD unterstützen.

45

Fazit:

Diesen Antrag des Deutschen Steuerberaterverbandes (DSTV) sollte die SPD unterstützen.

50 Damit würde sich für die kleinen Unternehmen und Existenzgründer der Bürokratieaufwand verringern. Die Beratung durch den Steuerberater, der schon immer hierfür der Ansprechpartner für den Unternehmer, insbesondere für Existenzgründer, war würde auf eine solide Basis gestellt. HR – Abteilungen großer Unternehmen mit ihren Justizaren wären hiervon nicht betroffen.

55

Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Arbeitsprozessen für die Erhebung von Steuern und Abgaben, dient auch der „Steuergerechtigkeit“ eine der Säulen der sozialen Marktwirtschaft.

Antragsbereich SF/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandbezügen und deren steuerlichen Abzugsfähigkeit

Die AGS schlägt dem Landesparteitag vor, den Gesetzesentwurf der SPD Fraktion zur

5 Angemessenheit von Vorstandsbezügen und zur Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit im vollem Umfang zu unterstützen.

Begründung:

10 Die SPD hat das Problem in dem Gesetzesentwurf vom 20.2.2017 klar und richtig aufgezeigt sowie zur Lösung Stellung genommen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Es verwundert, dass dieser Vorschlag eine Debatte auslöst. Dieser Vorschlag richtet sich nicht gegen die Höhe von Vorstandsbezügen. Vorstandsbezüge unterliegen

der Kontrolle durch den Aufsichtsrat. Dieser prüft gemäß dem Aktiengesetz die An-
15 gemessenheit. Insoweit ändert sich durch die Abzugsbegrenzung im Steuerrecht
nichts. Der Aufsichtsrat muss sich dafür vor der Hauptversammlung verantworten.

Eine Gesellschaft kann also so Hohe Vorstandsbezüge zahlen, wie sie es sich leisten
kann unter der Voraussetzung, dass der Aufsichtsrat zustimmt. Allerdings hat der
20 Ausschussrat die Aktionärsrichtlinie 2007/34/EU sowie die Rechnungslegungsrichtli-
nie 2013/34/EU zu beachten. Dort werden in Art. 9a und 9b der Änderungsrichtli-
nie zwei zwingende Say-on Pay Varianten eingeführt. Es verwundert, dass die Geg-
ner dieses Gesetzesentwurfes diese Vorschriften nicht kennen. Hierzu könnte man
zusätzlich eine Gesetzbestimmung im Aktien-Bzw. GmbH – Gesetz mit aufnehmen
25 um diese Personen fachlich zu unterstützen.

Der jetzige Vorschlag betrifft nur das Steuerrecht. Ähnlich wie bei Flugzeugen,
Jagd- und Yachtaufwendungen mindert dann, der diese Grenze übersteigende
Lohnaufwand, als Repräsentationsaufwand, nicht mehr die steuerlichen Einkünfte.
30 Das dürfte also keine Probleme bei der Umsetzung aufwerfen.

Fazit:

Die jetzige Situation und die Debatte über die Steuergerechtigkeit zeigt auf, dass
dieser Beschluss längst überfällig war. Präsident Obama hat in seiner Abschieds-
35 rede in Griechenland dieses Thema auch angesprochen.

Für die Betroffenen, bringt dieser Beschluss auch ein Stück Rechtssicherheit. Der
Bundesfinanzhof hat nämlich in einem Körperschaftsteuerfall entschieden, dass
eine Erbschaft der Körperschaft sowohl der Einkommensteuer als auch der Erb-
schaftsteuer unterliegt. Also könnte im vorliegenden Fall bei einem zu hohen Ge-
halt neben der Lohnsteuer auch Schenkungsteuer in Frage kommen. Hier könnte in
der Gesetzesbegründung eine Klarstellung erfolgen, sodass auch dieses Problem
gelöst ist.

Wahlrecht

Antragsbereich W/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Begrenzung von Wahlämtern auf Drei (3) Wahlperioden

Die AGS Bundesdelegiertenkonferenz fordert, dass ich alle SPD Gremien, die Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen dafür einsetzen, dass es zukünftig eine Begrenzung von Wahlämtern auf Drei (3) Wahlperioden gibt.

- 5 Außerdem fordert die AGS Bundesdelegierten Konferenz das zukünftig der Bundestag wieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen soll und nicht überwiegend Beamte im Bundestag vertreten sind. Dies sollten die Parteien bei der Aufstellung Ihrer Listen berücksichtigen.

Antragsbereich W/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Wahlreform

Die SPD Bundestagsfraktion möge sich für eine Wahlrechtsreform einsetzen damit zukünftige der Bundestag die Zahl der Abgeordneten von 598 nicht wesentlich überschreitet.

- 5 Der jetzige Bundestag besteht aus 703 Abgeordneten. Diese hohe Anzahl an Überhangsmandate und Ausgleichsmandaten muss in Zukunft vermieden werden.

Die Aufblähung des Bundestages verursacht enorme Kosten für den Steuerzahler.

Sonstige

Antragsbereich So/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: AK Energie und Umwelt

Einklang von Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgung

Die SPD soll Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und bezahlbare Energieversorgung als gleichrangige Ziele definieren und gesetzliche Rahmenbedingungen zur Durchsetzung dieser Vereinbarkeit entwickeln.

5 **Begründung:**

Klimaziele einhalten! Zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sichern! Wettbewerbsfähigkeit sichern! So lauten Forderungen der AGS an die zukünftige Bundesregierung: Keine Öko- Träumereien, aber auch kein Industrie- Lobbyismus pur, sondern verantwortungsvolle, nachhaltige Politik.

10 Wir erwarten den unbedingten politischen Willen dazu ("Wir schaffen das"), gepaart mit der realistischen Planung und Umsetzung von nötigen Maßnahmen.

15 Klimaziele: Deutschland hat sich zu ehrgeizigen Klimazielen verpflichtet. Das ist dem Wohl zukünftiger Generationen geschuldet, ohne die Verantwortung für die Gegenwart zu vernachlässigen. Die Einhaltung von Klimazielen kann nur gelingen, wenn die Politik diese Aufgabe ständig im Blick hat und daran arbeitet, anstatt sie vor sich her zu schieben. Deutschland als reiche Industrienation muss dabei Vorbild sein. Wer, wenn nicht wir?

20 Energieversorgung: Dem chaotisch verlaufenden Atomausstieg darf kein ebenso ungeplanter Ausstieg aus der Kohle (als einer zur Zeit noch notwendige Brückentechnologie) folgen.

25 „Anstatt sich darüber zu streiten, ob der Übergang noch 20 oder 30 Jahre dauert, sollten sich Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbände und Politik um einen redlichen Konsens für eine gelingende Energiewende bemühen“ (Dietmar Nietan). Unsere Wirtschaft wie unsere Bürger brauchen eine sichere, bezahlbare Energieversorgung und Planungssicherheit. Mehr Einsatz für erneuerbare Energiegewinnung

30 verbunden mit bundesweiter Verteilung sowie eine umfangreiche Förderung von nachhaltigen Maßnahmen zur Energieeinsparung sind nur zwei Gestaltungsaufträge an die Politik.

Wettbewerbsfähigkeit: Die Leistungsfähigkeit unserer Industrie (wie auch der KMU's) hängt auch vom Erhalt ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Es ist aber nicht hilfreich, wenn eine Regierung durch "Schutzmaßnahmen" den Innovationswillen der Wirtschaft einschränkt, wie sich dies etwa bei den Autoherstellern manifestiert. Die Wirtschaft muss vielmehr dabei unterstützt und gefördert werden, neueste Technologie zu entwickeln, um sich in der Weltspitze zu behaupten. Bei Umwelttechnologien haben wir den Anschluss schon fast verloren.

40 Die Förderung der Wirtschaft darf sich nicht auf Industrieunternehmen beschränken, auch wenn die über eine einflussreiche Lobby verfügen und ihre Parteispenden wirkungsvoll einzusetzen verstehen. Gerade KMU's gelingt es immer wieder, aus eigener Kraft Spitzenleistungen zu erbringen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Sie bleiben aber bei Energiekosten und Subventionen meist unberücksichtigt.

Antragsbereich So/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Regelung Migration und Zuwanderung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren für eine geregelte Immigration nach Deutschland (Einwanderungsgesetz) in Gang zu bringen.

Begründung:

5

Die deutsche Wirtschaft leidet bereits jetzt unter Nachwuchs- und Fachkräftemangel. Zahlreiche Positionen und Ausbildungsplätze in kleinen und mittelständischen Betrieben können schon jetzt nicht mehr mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden.

10

Viele Menschen, die eigentlich als Arbeitsmigranten nach Deutschland kommen möchten, sind bis jetzt gezwungen, mit einem Asylantrag ihr Bleiben zu erzwingen. Oft haben sie keinerlei Aussicht auf die Anerkennung ihres Asylantrags, für den sie ihr Leben riskiert und sich in die Hände krimineller Schleuser begeben haben.

15 Die bisherige Rechtslage bringt Menschen in Lebensgefahr, unterstützt Kriminelle und bringt doch wenig Nutzen für unser Land. Dieses "System" kann mit recht als teuer, ineffizient, kriminell und gefährlich bezeichnet werden.

Stattdessen fordern wir, die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD in Nordrhein-Westfalen (AGSNRW) die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, das denjenigen, die bereit und willens sind, in Deutschland zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen, die Möglichkeit gibt, legal nach Deutschland einzuwandern. Hierfür sind ebenfalls Strukturen zu schaffen, die Integration und Spracherwerb unterstützen.

Antragsbereich So/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: AK Finanzen

AGB-Schutz auch für KMUs einführen

1. Auch gegenüber Kleinunternehmern verwendete Verträge sollen, auch am Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen zu messen sein.
- 5 2. Hierzu sollen vorläufig die allgemeinen Klauselverbote aus den §§ 308 und 309 BGB anwendbar sein, mittelfristig entsprechende besondere Klauseln für den unternehmerischen Verkehr ins Gesetz eingefügt werden.

Begründung:

- 10 Bereits vor Jahrzehnten hat der Gesetzgeber erkannt, dass im Falle von Machtasymmetrien, die dazu führen, dass einer die Vertragsbedingungen letztlich alleine vorgeben kann, diese Vertragsbedingungen für den Unterlegenen oftmals un-
- 15 gerecht sind. Daher hat der Gesetzgeber für diese massenhaft verwandten Vertragsbedingungen mit dem Gesetz über die allgemeinen Geschäftsbedingungen, mittlerweile eingefügt in das Bürgerliche Gesetzbuch in den § 305 ff, hier eine relativ scharfe Inhaltskontrolle eingeführt.

20 Nach § 310 Abs. 1 Satz 1 BGB ist die Anwendung dieser Schutzvorschriften jedoch auf Verträge, die gegen einen Unternehmer verwendet werden, zu einem großen Teil ausgeschlossen.

25 Als man den Anwendungsbereich auf Verbraucher beschränkte, lag dem die Vorstellung zu Grunde, dass Unternehmer gegebenenfalls eine eigene Rechtsabteilung haben, die deren Verträge durchsieht, vor allem aber die Macht haben, diese Verträge auf Augenhöhe zu verhandeln. Der Selbständige Paketdienstauslieferer oder Selbständige, der sich auf Internet-Arbeitsplattformen verdingt, verfügt über weder diese Professionalität, noch hat er faktisch die Macht, die Vertragsbedingungen mit DHL, Ebay oder einer anderen Plattform auf Augenhöhe durchzugehen. Hier

30 sieht er sich aufgrund der erheblichen Machtasymmetrie in einer „Friss-oder-Stirb-Situation“.

Da die Zahl der kleinen Selbständigen zunimmt, muss hier den Missbrauch durch die mächtigeren Marktteilnehmer wirksam begegnet werden. Ein erster Schritt

35 wäre hier die Einbeziehung in den dem Verbrauchern zukommenden Schutz für besonders nachteilige Klauseln.

Aufgrund der Besonderheiten des Dienstleistungsmarktes zwischen Unternehmern macht es jedoch Sinn, spezifische, hierauf zugeschnittene Mindeststandards durch Klauselverbote für den unternehmerischen Verkehr zu definieren.

Antragsbereich So/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion

Zur Bürgerversicherung

Die AGS Bundeskonferenz fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, weiter an der Einführung einer Bürgerversicherung festzuhalten und alles in dieser Legislatur Periode zu unternehmen, dass dieses zentrale Wahlkampfthema umgesetzt wird und der Einstieg in eine Bürgerversicherung gelingt:

5
Unser klares Ziel:
Gerechte Verteilung der Kosten des Gesundheitssystems auf alle Beitragszahler und Leistungsempfänger bei Leistungserbringung ohne Ansehen der Person steigende Belastung der Arbeitskosten.

10
Dafür ist nach Meinung der AGS notwendig::

- 15 1. Aufhebung der Beitragebemessungsgrenze, damit auch hohe Einkommen proportional zu den Kosten des Gesundheitssystems beitragen
2. Heranziehung aller Einkunftsarten (also z.B. auch Vermietung und Verpachtung, Kapitalerträge)
3. einfache Umsetzung des 2. Punktes durch die Berechnung und Einzug der Beiträge aus diesen Einkunftsarten über die Finanzverwaltung.
- 20 4. Unserem Koalitionspartner muss klar gemacht werden, das es bei diesem Anliegen nicht um die Einführung einer Einheitskasse geht, wie dies immer in der öffentlichen Debatte dargestellt wird. Die SPD fordert nicht die Abschaffung der Privaten Krankenkassen!!

Situation:

Im Wahlprogramm stand ein eindeutiges Bekenntnis zur Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Krankenversicherung. Im Sondierungspapier konnte die SPD diese Forderungen nicht durchsetzen, nun soll in den Koalitionsverhandlungen versucht werden, diesem Ziel wenigstens einen Schritt näher zu kommen. Wir als AGS vermissen aber schon im Wahlprogramm den Ansatz, die Beitragsbasis zu verbreitern. Wenn man, wie im Wahlprogramm beschrieben lediglich Beamte und Selbständige in die Versicherung aufnimmt, vergrößert man nicht nur die Zahl der Beitragszahler, sondern auch die der Leistungsempfänger. Unser gesamtes Sozialversicherungssystem stammt vom Grundsatz und damit von seiner Finanzierung her aus einer Zeit, in der Einkommen für Versicherungsnehmer fast ausschließlich aus Lohn für abhängige Beschäftigung stammten. Das hat sich geändert. Inzwischen ist auch in der Mittelschicht ein merklicher Teil des Einkommens aus Kapitalerträgen und Vermietung und Verpachtung zu verzeichnen.

Antragsbereich So/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion

Förderung des Schienengüterverkehrs

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das heute vorhandene Schienennetz dahingehend zu überprüfen, wie nicht oder nur teilweise genutzte Strecken für einen effizienten Güterverkehr reaktiviert werden können.

Begründung:

Der ständig steigende Güterverkehr auf der Straße mit all seinen negativen Begleiterscheinungen legt nahe, die Renaissance des Schienengüterverkehrs voranzutreiben. Dadurch könnte eine Entzerrung der Verkehrsflüsse bewirkt werden.

Antragsbereich So/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion

Kompatibilität von Gesetzen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass bei Gesetzesvorhaben, die unmittelbare Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen haben, diese durch die Gesetzesvorhaben keine Nachteile gegenüber Großunternehmen in Kauf nehmen müssen.

Begründung:

Großunternehmen sind durch ihre personelle und finanzielle Ausstattung den KMU bei weitem überlegen. Hier findet bisher keine ausreichende Berücksichtigung der Bedürfnisse der KMU statt (z.B. bei Freihandelsverträgen). Es wird darauf hingewiesen, dass der Anteil der KMU an den Wirtschaftsunternehmen bei ca. 80 % liegt.